



Tun oder Nichtstun

ARBEITSMARKT Wollen die Leute nicht arbeiten – oder können sie nicht? Das neue Bürgergeld löst das vielfach verhasste Hartz-IV-System ab. Nur macht das den Sozialstaat jetzt gerechter? Eine Expedition in Deutschlands Jobcenter. *Von Florian Diekmann und Cornelia Schmergal*

Ulrich Schneider hat den Anzug an diesem Dienstag im November im Schrank gelassen. Er hat keine Termine mit Bundestagsabgeordneten geplant. Es gibt keinen Anlass mehr für vertrauliche Zusammenkünfte mit Sozialpolitikern, keinen Grund mehr, Entscheidungsträger mit Argumenten zu bearbeiten. In Wollpulli und Jeans lässt er sich auf den Stuhl in seinem Büro fallen.

In der Nacht zuvor haben sich Ampelkoalition und Opposition auf einen Kompromiss zum Bürgergeld geeinigt. Für den Lobbyisten gibt es nichts mehr zu tun. »Die Messe ist gesungen«, sagt Schneider. Er

braucht einen Kaffee. Der Mann mit den markanten Koteletten ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes – und einer der bekanntesten Sozialexperten im Lande. Seit Jahren streitet er für höhere Regelsätze in der Grundsicherung und für das Ende des umkämpften Hartz-IV-Systems mit seinen Sanktionen und alldem, was Schneider »Gängelei« nennt.

Über Wochen sah es so aus, als käme er seinem Ziel ziemlich nah. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hatte eine Sozialreform angekündigt, sie sollte »die größte der vergangenen 20 Jahre« werden.

Fallmanagerin Böhnke: »Ich glaube nicht, dass die wissen, welche Kunden wir am Tisch sitzen haben«

Am Ende schrumpfte das Projekt auf ein überschaubares Maß. Das Bürgergeld wird kommen, ja, doch von der versprochenen Neudefinition des Sozialstaates ist wenig geblieben.

Die Erhöhung des Regelsatzes? Fällt aus Schneiders Sicht unveranschämmt mickrig aus. Die Vertrauenszeit, in der auf Sanktionen weitgehend verzichtet werden sollte? Gestrichen. Die Karenzzeit, in der Betroffene nicht zum Auszug aus ihrer Wohnung gezwungen werden und sie ein größeres Vermögen behalten dürfen? Von zwei Jahren auf eins gekürzt. Mit einem Systemwechsel, findet Schneider, habe das alles nichts mehr zu tun.

»Es gibt kein Bürgergeld. Es gibt weiter Hartz IV«, so packt er sein Resümee später an diesem Tag in ein griffiges Statement. Für die Fernsehcameras trägt er wieder Jackett.

Die Reform tritt Anfang Januar in Kraft. Sie ist ein Kompromiss, nachdem sich Ampelkoalition und Opposition harte Kämpfe geliefert haben. Geblieben sind Verletzungen und ein Verdacht. »Da wurde das Vorurteil geschürt, dass die Arbeitslosen schon immer faul waren«, sagt Schneider.

Der Streit darüber ist 18 Jahre alt. Seitdem steht der Begriff »Hartz IV« fast schon synonym für die Fragen, ob und wann der Mensch arbeiten muss und was man ihm dabei zumuten darf. Auch das neue Bürgergeld wird die Debatte nicht beenden.

Als das Fordern-und-Fördern-System im Jahr 2005 unter der Regierung Schröder eingeführt wurde, zählte die Statistik fünf Millionen Arbeitslose, und viele von ihnen hatten sich im alten Alimentierungssystem häuslich eingerichtet. Der Staat hatte bis dahin so gut wie nichts von ihnen gefordert. Er gab Geld, doch wenig Perspektiven. Wer von der Arbeitslosenhilfe lebte, wurde nicht weiter belästigt. Oder anders gesagt: vergessen.

Mit den Agenda-Reformen sollte sich das ändern. Um die Systeme nicht zu überfordern, definierte die damalige rot-grüne Bundesregierung den Sozialstaat neu. Menschen sollten so schnell wie möglich wieder in einen Job gebracht werden – im Zweifel mit Druck. Wer in Hartz IV rutschte, wurde verpflichtet, jede zumutbare Arbeit anzunehmen; wer die Mitarbeit verweigerte, musste damit rechnen, dass seine Stütze vom Amt gekürzt wurde.

Das brachial erzwungene Jobwunder gelang, in der Folge fanden Hunderttausende Menschen wieder einen Job. Der unschöne Begleiteffekt: Die